

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	19. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. Dezember 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

28.

Punkt 27 der Tagesordnung: Bürgerschaft und Karlsruher Unternehmen als Baumspenderinnen und Baumspender gewinnen
Antrag der Stadträte Tilman Pfannkuch, Jan Döring, Sven Maier, Dr. Thomas Müller und der Stadträtin Karin Wiedemann (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 14. Oktober 2015
Vorlage: 2015/0604

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 27 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Mußgnug (CDU): Auch die CDU kann einmal einen Antrag zu Bäumen stellen, in dem Fall eine Baumspende.

(Unruhe)

- Wenn die Herren mir auch gerne zuhören würden, ansonsten bin ich ruhig!

Letztendlich ging es uns mit der Intention dieses Antrags darum, den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit zu geben, sich mit Karlsruhe weiter zu identifizieren. Ich denke, das ist ein sehr charmanter Antrag. Wir sehen die Antwort der Verwaltung entsprechend positiv in dem Punkt, dass sie uns zustimmt, dass es ein grundsätzlich positiver Antrag ist.

Herr Stapf, Sie haben ein schönes Interview in den BNN gegeben hinsichtlich der Allianzspende. Es ist schon eine Sache, über die man nachdenken kann, und die auch die Bindung der Bürgerinnen und Bürger zur Stadt festigt: Man läuft durch die Straße, das ist mein Baum.

Nicht ganz so schön finden wir die Antwort hinsichtlich unserer Antragsziffer 2, denn wir haben konkret in den Raum gestellt, ob man es nicht über den Klimaschutzfonds oder die Klimaschutzkampagne finanzieren könnte. Die zwei Begriffe finden sich allerdings in der Stellungnahme der Verwaltung überhaupt nicht wieder. Das ist ein bisschen schade. Allerdings verstehen wir natürlich den Verweis der Verwaltung auf den Haushaltsstabilisierungsprozess und fassen uns an die eigene Nase und sagen, angesichts dieser immensen Kosten von 15.000 Euro – wenn man das nicht über den Klimaschutzfonds unterbringen kann – betrachten wir es, wenn auch schade, erst einmal als erledigt.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wenn der Antrag aus Ihrer Sicht erledigt ist, dann erkläre ich ihn auch für erledigt. Wir würden mit der Verwaltungsvorlage übereinstimmen, dass das im Rahmen der Haushaltsstabilisierung im Moment nicht umsetzbar ist.

Aber eines wollte ich noch anmerken: Ich habe selbst auch eine Baumpatenschaft. Eine Patenschaft kostenlos mit einem kleinen Pflegeaufwand oder gegen Bezahlung und keine Pflegemaßnahmen, das kann man nicht vermischen. Das sind zwei unterschiedliche Stiefel. Es gibt bestimmte Leute, die das machen wollen, die eine Baumpatenschaft übernehmen, nichts bezahlen. Dann gibt es welche, die wollen etwas bezahlen, aber zahlen damit ihre Pflegemaßnahme. Da geben sie dann etwas durch die Bezahlung an die Stadt.

Auch eine Namensplakette würden wir ablehnen. Wir können gerne noch einmal, wenn die finanzielle Situation besser ist, darüber reden. Aber eine Plakette an einem Baum, für den jemand eine Baumpatenschaft hat, gibt für meine Begriffe dann einen Schilderwald. 300 Baumpaten haben wir schon. Das können wir uns auch nicht vorstellen.

Alles in allem: Wir stimmen mit der Verwaltung überein, dass diese Maßnahme im jetzigen Haushaltsstabilisierungsprozess so nicht umsetzbar ist.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es ist grundsätzlich eine gute Idee, ein Baumspendeprogramm einzuführen, das gleichzeitig damit ein Anliegen verbindet, nämlich eine Gemeinwohlorientierung, dass Menschen in ihrer Stadt ein Interesse daran haben, dass Stadtbäume, die uns allen wichtig sind, gefördert werden und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger sich daran beteiligen können.

Allerdings hat sich jetzt gezeigt, dass es nicht zum Nulltarif möglich ist, ein solches Baumspendeprogramm durchzuführen und dass es auch nicht einfach wäre, das umzusetzen. Denn wenn man so eine Patenschaft übernimmt oder eine Spende für ein konkretes Anliegen gibt, dann will man das meist in räumlicher Nähe haben. Man will das auch künftig sehen und wahrnehmen. Das so in der Passung hinzubekommen, dass ich für einen Baum spende, der dann aber womöglich in einem ganz anderen Stadtteil ist, und ich gar nicht so direkt den Bezug dazu habe, ist schon per se eine etwas schwierige Konstruktion.

Wir hatten gedacht, dass man vielleicht über so ein Programm noch einmal im Ausschuss redet. Sie sehen das im Augenblick aufgrund der Antwort der Stadtverwaltung

für erledigt an. Deshalb will ich abschließend nur noch sagen, dass solche Projekte, die Gemeinwohlorientierung mit Patenschaften und mit konkreten Vorhaben verknüpfen, schon grundsätzlich positiv sind, dass wir auch merken, dass immer mehr Menschen dazu bereit sind. Aber es müssen natürlich auch Projekte sein, die dann passgenau sind. Von daher ist das Anliegen als solches berechtigt, wenn auch in diesem Fall vielleicht jetzt nicht zielführend, aber durchaus – und das noch einmal als Rückmeldung – gut gemeint.

Der Vorsitzende: Dann hätten wir das jetzt gemeinsam als erledigt betrachtet.

Ich muss noch einmal kurz zu dem Antrag vorher zurückkommen. Rein rechtlich ist es so, dass, sobald wir den Antrag hier aufgerufen haben, der Gemeinderat entscheidet, wie der weitere Weg des Antrags ist. Es war aber bisher Usus, wenn eine große Fraktion sagt, sie möchte es noch einmal vorberaten oder verweisen, dass wir dem so gefolgt sind. Darauf habe ich mich jetzt bezogen, nicht, dass hier Unklarheit besteht, wie die rechtliche Grundlage ist.

Wenn Sie das auch so sehen und jetzt keiner hier gegen den Vertagungsvorschlag ist, dann würde ich das jetzt so als gemeinsam behandelt betrachten.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
13. Januar 2016